

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Personalpolitik beim Staat: Keine Antwort wäre besser gewesen

«Klärende Antworten des Regierungschefs» bestätigten alle kritischen Anmerkungen des VOLKSBLATT zur VU-Personalpolitik

Unter dem Titel «Wird nicht mehr ausgeschrieben» veröffentlichte das VOLKSBLATT in seiner Ausgabe vom 25. Januar einen kritischen Beitrag zur Personalpolitik der VU in der Landesverwaltung. Über Echo konnten wir uns nicht beklagen. Neben zahlreichen Stimmen aus unserer eigenen Leserschaft, nahm auch Regierungschef Hans Brunhart – im «Liechtensteiner Vaterland» vom 28. Januar – dazu Stellung. Die «klärenden Antworten des Regierungschefs» (Zitat) bestätigten indessen, was das VOLKSBLATT berichtet hatte. Keine Antwort wäre möglicherweise besser gewesen als jene, die der Regierungschef via «Vaterland» verbreiten liess.

Der Regierungschef bestätigt, dass nur eine Ausschreibung für die Anstellung von drei Polizeianwärterstellen erfolgt ist und dass die Regierung sodann ohne neue Ausschreibung zwei weitere Kandidaten in der von der Prüfungskommission ausgearbeiteten Rangliste einstellte.

### Polizei-Dienststelle ohne neue Ausschreibung vergeben

Dabei ist nicht entscheidend, ob sich die Regierung an die von der Prüfungskommission erstellte Rangierung bei den zwei zusätzlichen Polizei-Stellen gehalten hat, sondern die Tatsache, dass keine neue Ausschreibung erfolgte und sich mithin keine neuen Bewerber oder keine alten Bewerber neu um eine der begehrten Dienststellen bei der Polizei bewerben konnten. Die zwei zusätzlichen Stellen wurden von der Regierung sozusagen unter der Hand vergeben. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass sich der Regierungschef mit einer langatmigen Erklärung herausreden will. Schliesslich wäre noch ergänzend zu erwähnen, dass die vom Regierungschef immer wieder zitierten Regierungsbeschlüsse keineswegs einhellig, sondern mit der Stimmenmehrheit der VU erfolgt sind.

### Presse- und Protokollamt

Der Regierungschef muss ausserdem bestätigen, dass eine neue Stabsstelle für das Protokoll ohne Ausschreibung durch vorhandenes Personal aus der Verwaltung besetzt werden wird. Niemand zweifelt an der allfälligen Qualifikation bestimmter Kandidaten für diese Stabsstelle. Fast jedermann aber ist der Ansicht, dass man solche Stellen beim Staat ausschreibt. Nur wenn man die Stellen zur freien Bewerbung ausschreibt, hätten sowohl Leute in der heutigen Verwaltung wie auch solche ausserhalb derselben eine Chance, sich um eine so wichtige Stabsstelle wie jene für das Protokoll zu bemühen.

Dass die Stelle des Leiters für das Presseamt ausgeschrieben werden soll – so

wie dies der Regierungschef im erwähnten Interview mit dem «Vaterland» bekanntgab – ist in dieser Form neu und wird sicherlich mit Genugtuung in der Öffentlichkeit aufgenommen. Auch hier geht es nicht darum, an den heute für das Presseamt tätigen Mitarbeitern Kritik zu üben. Im Gegenteil: die Kritik richtet sich gegen die umstrittene und vom Regierungschef keineswegs widerlegte Personalpolitik, wie sie derzeit bei unserer Landesverwaltung praktiziert wird.

### Kein Wort von den Landrichtern und von den LKW

Der Regierungschef wehrt sich zwar mit deutigen Ausdrücken wie Unterstellung und Behauptung gegen die Ausführungen im VOLKSBLATT vom 25. Ja-

nuar. Er geht aber mit keinem Wort auf die dort kritisierte Anstellung eines eindeutig weniger qualifizierten VU-Kandidaten für das Amt eines Landrichters ein und übergibt auch die ebenfalls kritisierte Anstellung eines neuen Direktors bei den Liechtensteinischen Kraftwerken (LKW) ohne Ausschreibung zur freien Bewerbung für jedermann.

Im Falle der Anstellung des Landrichters hat die Regierung dem Landtag mindestens keine richtige Empfehlung gegeben und sich damit auch der Kritik des Landesfürsten ausgesetzt, und im Falle der Anstellung des LKW-Direktors ging der VU-Verwaltungsrat mit seiner Stimmenmehrheit die Anstellung ohne Ausschreibung durch. Die FBP-Mitglieder im LKW-Verwaltungsrat stimmten aus-

## Vereidigung der Vorsteher

Empfang auf Schloss Vaduz durch S. D. den Landesfürsten

Morgen Freitag, 4. Februar, um 10.30 Uhr werden die Vorsteher und Vizevorsteher der liechtensteinischen Gemeinden durch Regierungschef Hans Brunhart im Landtagsaal vereidigt. Im Anschluss daran empfängt Seine Durchlaucht der Landesfürst die Gemeindevertreter auf Schloss Vaduz. Danach gibt die Fürstliche Regierung für die Vorsteher und Vizevorsteher im Restaurant Torkel in Vaduz ein Mittagessen.

## Der FBP-Landesausschuss zog Bilanz

Grosses Interesse an der ersten Sitzung nach den Gemeinderatswahlen vom Wochenende

Im Zeichen des Dankes an die Adresse aller Kandidaten für die Gemeinderatswahlen vom vergangenen Wochenende und an die Adresse der Obmänner und Delegierten der Ortsgruppen stand eine weitere Sitzung des FBP-Landesausschusses, die am Montagabend – unmittelbar nach den Gemeinderatswahlen – im Hotel-Restaurant «Falknis» in Vaduz angesetzt war.

FBP-Präsident Dr. Herbert Batliner freute sich über die Präsenz von rund 70 Frauen und Männern aus dem ganzen Land, die sich einen ersten Bericht über die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen und die für die FBP daraus resultierenden Konsequenzen geben liessen.

Mit seinem Dank an die Kandidaten verband Dr. Herbert Batliner herzliche Worte der Anerkennung an die Adresse des ausscheidenden Ruggeller Vorstehers Hugo Oehri, dessen Anwesenheit an der

Landesausschuss-Sitzung mit wiederholtem und anhaltendem Beifall der Versammlungsteilnehmer bedacht wurde.

### Ein Abend mit den nichtgewählten Kandidaten

Grossen Beifall fand auch die Ankündigung des Parteipräsidenten, in den kommenden Wochen einen speziellen Abend für jene Kandidaten der vergangenen Gemeinderatswahlen zu veranstalten, die nicht gewählt wurden. Mit einer Einladung zu einem gemeinsamen Abendessen mit den Ehefrauen und den Obmännern der jeweiligen Ortsgruppen will die FBP dokumentieren, dass sie politisches Engagement schätzt und ihren Kandidaten auch über den Wahltag hinaus dankbar und verbunden bleibt. Nach Meinung von FBP-Präsident Dr. Herbert Batliner kann es sich die Fortschrittliche

Bürgerpartei gar nicht leisten, auf die weitere, enge Zusammenarbeit mit den Kandidaten zur Gemeinderatswahl 1983 zu verzichten.

Angesichts der Tatsache, dass es auch für die FBP immer schwieriger wird, vollständige Kandidatenlisten in allen Gemeinden zu präsentieren, ist es nach Ansicht des Parteipräsidenten besonders wichtig, den Kandidaten, die sich auch ohne Garantie auf einen Wahlerfolg zur Verfügung stellen, den Respekt der Partei zu zollen.

### Wichtige Termine

Als nächste, wichtige Termine gab FBP-Präsident Dr. Herbert Batliner den 21. Februar (Informationsabend mit der JUNGES FBP) und den 30. Mai 1983 bekannt, an dem der nächste FBP-Parteitag stattfinden wird.

## Deutliche Abschwächung der Bauwirtschaft

1982: Rückgang im Hochbausektor um fast die Hälfte – Drastischer Rückgang besonders im privaten Wohnungsbau

(hoe) – Die Zeit, in welcher das liechtensteinische Baugewerbe geprägt war von einer überhitzten Konjunktur, scheint – zumindest vorübergehend – vorbei zu sein. Die drastische Abschwächung, die sich in der Baustatistik 1982 des Volkswirtschaftsamtes widerspiegelt, spricht eine deutliche Sprache. Denn der wertmässige Rückgang der Kapazitäten auf der Basis der Kostenvoranschläge betrug im Jahre 1982 gegenüber dem Vorjahr fast die Hälfte: von 179 Millionen Franken auf 89,3 Millionen Franken im 1982. Das sind etwa 49 Prozent. Niedrigere Investitionsquoten als 1982 gab es nur in den Rezessionsjahren von 1974 und 1975 (64,8 Millionen und 61,9 Millionen Franken) sowie von 1969 abwärts, also in einer Zeit, in welcher die Baukonjunktur erst langsam in Schwung kam.

Wenn wir die 1982er Zahlen des Volkswirtschaftsamtes etwas analysieren, so fällt sofort auf, dass von den 89,36 Millionen Gesamt-Investitionen, die als Baubewilligungen vorliegen, allein 61,81 Millionen Franken in den privaten Wohnungsbau fliessen. Der dabei umbaute Raum beträgt 164 458 Kubikmeter. Für industrielle und gewerbliche Bauten werden 19,1 Millionen Franken bei 112 969 Kubikmetern Bauvolumen und in den landwirtschaftlichen Bau 3,8 Millionen Franken bei 34 969 Kubikmeter umbauten Raumes investiert.

### Zurückhaltung der öffentlichen Hand

Sehr zurückhaltend in den Investitionen des Hochbaues war die öffentliche Hand, welche 1982 nur gerade ein Investitionsvolumen von 4,71 Millionen Franken (bei 21 585 Kubikmetern umbauten Raumes) bewilligt hat. Diese Politik, wel-

che von Land und Gemeinden in Zeiten überhitzter Baukonjunktur richtigerweise praktiziert worden ist, zielt darauf ab, die öffentlichen Investitionsausgaben im Baugewerbe längerfristig zu strecken, um in Zeiten der gedrosselten Nachfrage die Bauwirtschaft mit öffentlichen Finanzen anzukurbeln, was in der Zwischenzeit teilweise geschehen ist: Kunsthaus, Betreuungszentrum Triesen, Schulbau Triesen etc. (It. Landesvoranschlag 1983 sieht das Investitionsvolumen für den Hochbau 12 Millionen Franken vor).

### Abnahme im privaten Wohnungsbau

Am deutlichsten zeigen die 82er Zahlen, dass im privaten Wohnungsbau mit den Investitionen sehr zurückhaltend umgegangen worden ist.

Von 108,5 Millionen Franken des Jahres 1981 fielen die Investitionswerte innerhalb eines Jahres auf 61,8 Millionen Franken zurück. Das sind klare Anzeichen dafür, dass im privaten Wohnungsbau die Investitionsfreudigkeit stark abgenommen hat.

Ob das niedrige Zinsniveau (Hypothe-

ken ab 1. April 1983 erneut um ¼ Prozent billiger) einen Auftrieb im privaten Wohnungsbau bringen wird, zeigen die Quartalszahlen des laufenden Jahres.

Interessant ist vielleicht eine Gegenüberstellung der einzelnen Gemeinden im privaten Wohnungsbau des Jahres 1982:

Vaduz investierte in den Wohnbau 7,67 Millionen Franken, Triesen 11,1 Mio., Balzers 5,8 Mio., Triesenberg 5,7 Mio., Schaan 11,7 Mio., Planken 0,42 Mio., Eschen 4,6 Mio., Mauren 5,3 Mio., Gamprin 3,7 Mio., Ruggell 2,9 Mio. und Schellenberg 2,7 Mio. Das ergibt zusammen knapp 62 Millionen Franken.

### 164 neue Wohnungen

Aufgrund der erteilten Baubewilligungen des Jahres 1982 sind insgesamt 164 neue Wohnkapazitäten entstanden, oder sind (aufgrund der späteren Bewilligungen der Herbst/Wintermonate bis Dezember 1982) im Entstehen begriffen. Schaan führt die Liste der Gemeinden mit 36 Neubauwohnungen vor Triesen mit 27 und Triesenberg mit 18 an. Es folgen Eschen und Mauren je 15 neue Wohnungen, Balzers 13, Gamprin 12, Vaduz 11, Ruggell 9 und Schellenberg 8 Wohnungen.

### Wohnungsgrössen: Bevorzugt 5 und Mehrzimmer

Von den insgesamt 164 bewilligten Neuwohnungen ergibt sich folgende Aufteilung nach Wohnbaugrössen: 5- und Mehrzimmerwohnungen: 119, Vierzimmerwohnungen: 18, Dreizimmerwohnungen: 10, Zweizimmerwohnungen: 13, Einzimmerwohnungen 4. Der drastische Rückgang im Wohnungsbau zeigt sich auch im Vergleich zu den Vorjahren. Es wurden gebaut: 1981 insgesamt 401 Neuwohnungen, 1980: 351 Wohnungen, 1979: 251 Wohnungen, 1978: 213 Wohnungen, 1977: 209 Wohnungen usw. Absoluter Spitzenreiter ist das Jahr 1971 mit 526 Neuwohnungen im Lande.



Mit 15,1 Millionen Franken Investitionen in den Hochbau steht Triesen 1982 an der Spitze der liechtensteinischen Gemeinden. Davon gingen 11,1 Millionen Franken in den privaten Wohnungsbau, der gegenüber den letzten Jahren landesweit drastisch zurückgegangen ist. Unsere Aufnahme zeigt die Gemeinde Triesen.

drücklich gegen diese Form der Stellenbesetzung, ohne damit Kritik an der Person des Kandidaten zu üben.

Die Regierung ist Aufsichtsbehörde der LKW. Mit keinem Wort geht Regierungschef Hans Brunhart in seinen «klärenden Worten» auf diese mit den VU-Stimmen allein getätigte Anstellung ein.

### Nichts war gang und gäbe

Schliesslich vertröstet der Regierungschef die Öffentlichkeit mit der Bemerkung, dass «Personalverschiebungen in der Landesverwaltung» unter der FBP-Mehrheit «gang und gäbe» gewesen seien. Abgesehen davon, dass dieses Argument auch dann zurückgewiesen werden müsste, wenn es wahr wäre, kann nicht ganz stimmen, was der Regierungschef hier behauptet. Denn es ging im VOLKSBLATT-Artikel nicht um Personalverschiebungen, sondern um die Anstellung von neuem Personal bzw. die Besetzung von neuen Stellen beim Staat ohne Ausschreibung zur freien Bewerbung.

Und wenn Personalverschiebungen unter FBP-Mehrheit wirklich gang und gäbe wären, dann fragt man sich doch, warum dann beispielsweise Amtsleiter wie jener des Sicherheitskorps, der Fremdenpolizei oder der Dienststelle für das Personalwesen unter FBP-Mehrheiten öffentlich ausgeschrieben und mit (fachlich qualifizierten) Anhängern der VU besetzt wurden? Wäre die heutige Personalpolitik damals wirklich «gang und gäbe» gewesen, dann hätte man nicht nur die hier erwähnten drei Stellen, sondern noch eine ganze Reihe weiterer ebenfalls unter der Hand vergeben. Eben so, wie es in der Zwischenzeit Mode in unserem Staat geworden ist.

So leicht, wie es sich der Regierungschef macht, wird es dieses Mal nicht gehen. Dem VOLKSBLATT einfach vorzuwerfen, es stelle unwahre Behauptungen auf und diese dann aber nicht einmal widersprechen zu können, genügt noch nicht, um die am 25. Januar geübte Kritik zu entschärfen. Im Gegenteil!

## Januar- Pressegespräch

Vorschau auf die Regierungsarbeit dieses Jahres

Im Rahmen des Januar-Pressegesprächs, das aus technischen Gründen auf den 1. Februar verschoben worden war, gaben die fünf Mitglieder der Regierung die Schwerpunkte ihrer für dieses Jahr anstehenden Arbeit bekannt. Es ging darum insbesondere um die Vorbereitung verschiedener Gesetze und um die Weiterführung bereits eingeleiteter Arbeiten. Wir werden uns in der Wochenendausgabe eingehender mit den Themen des Pressegesprächs vom Dienstag befassen.